



**Netzwerk
Friedenskooperative**
Network of the German Peace Movement

Leseprobe
FriedensForum 1/2016
"Islamischer Staat"

Hier anbei eine kleine Leseprobe mit ausgewählten Beiträgen aus dem aktuellen FriedensForum, Heft 1/2016.

Wir haben ausgewählt:

Otmar Steinbicker:

Ein „symbolischer Einsatz für Frankreich“?

(im Heft, Seite) 3

Hermann Theisen:

Grundrechtsverweigernde Tradition

(im Heft, Seite) 8

Memo Sahin und Andreas Buro:

Erdogan auf dem Weg zur Alleinherrschaft

(im Heft, Seite) 15

Karin Leukefeld:

Syrien – Opposition in Zahlen

(im Heft, Seite) 43

Bestellmöglichkeit letzten Seite. Kosten: Einzelheft 4,50 EUR zzgl Porto, ab 5 Ex 3 EUR

Für die Redaktion

Kristian Golla, Philipp Ingenleuf

F R I E D E N S
Forum
ZEITSCHRIFT DER FRIEDENSBEWEGUNG

#NotInMyName: ISIS Do Not Represent British Muslims



“Because it’s totally un – Islamic”

Islamischer Staat

**& Europäische Flüchtlingspolitik
Rüstungsexport
Atomwaffen**

1 / 2016

Zeitschrift der
Friedensbewegung

Jan./Februar 2016

29. Jahrgang

€ 4,50

G 9616

Ein „symbolischer Einsatz für Frankreich“?

Otmar Steinbicker

Deutschland ist in einem zweiten, voraussichtlich lange andauernden Krieg angekommen. Der Deutsche Bundestag hat allen Warnungen zum Trotz den Einstieg in den Krieg in Syrien beschlossen, ohne die geringste Vorstellung davon zu haben, wie sich dieser Krieg entwickeln wird, möglicherweise eskaliert und wann und wie enden soll.

Begründet wurde die Beteiligung an dem Krieg in Syrien mit den schrecklichen Attentaten von Paris, bei denen mehr als 130 Menschen getötet wurden. Die Ermittlungen der Polizei ergaben: Alle identifizierten Attentäter stammten aus Frankreich oder Belgien, aus den bekannten radikalisierten Milieus in den tristen Vorstädten von Paris und Brüssel. Verbindungen zum IS dürfen vermutet werden. Vom mutmaßlichen Drahtzieher der Attentate gibt es Fotos, die ihn bewaffnet in Syrien zeigen. Von einem anderen Attentäter weiß man, dass er das Schießen in einem französischen Polizeisportverein lernte. Dass es einen direkten Attentatsauftrag aus der syrischen IS-Hochburg Raqqa gab, bleibt im Bereich der Vermutung, ein handfester Beweis fehlt bislang.

Ein Kriegseinsatz der Bundeswehr bedarf einer eindeutigen Aufforderung der UNO, die es nicht gibt. Auch andere völkerrechtliche Aspekte wie die Beistandspflicht im Bündnisfall greifen in diesem Fall nicht. Daniel-Erasmus Khan, 54, Professor für Öffentliches Recht, Europarecht und Völkerrecht an der Universität der Bundeswehr in München, als Völkerrechtler mehrfach vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag tätig, erklärte einen Tag vor der Bundestagsabstimmung in „Spiegel online“: *„Ich habe jedenfalls erhebliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit dieses Einsatzes.“* Seine zentrale Argumentation: *„Streng genommen wurde Frankreich ganz überwiegend von Franzosen angegriffen - also gerade aus dem Inneren heraus, nicht vom Ausland. Wenn man es sehr überspitzt formulieren würde, müsste man sich fragen, warum die Franzosen nicht mit militärischen Mitteln in manchen der Pariser Banlieues intervenieren. Wir haben hier eben keine eindeutige, einem militärischen Angriff gleichzusetzende Aktion vom Gebiet des Staates Syrien gegen Frankreich. Das ist ein Fall für die Polizei und internati-*

onale Rechtshilfe, möglicherweise auch internationale Strafgerichte - und aber nicht für einen Militärschlag.“⁽¹⁾

Doch nicht nur aus juristischer Sicht gab es Bedenken. Auch in der Bundeswehr gab es offensichtlich starke Bedenken. André Wüstner, der Vorsitzende des Deutschen Bundeswehrverbands, sprach als erster vom „Krieg“ und nicht beschönigend von einem „Einsatz“ und rechnet mit einer Dauer von mehr als zehn Jahren. Aus militärischer Sicht bemängelt er das Fehlen realistischer politischer wie militärischer Ziele und zieht den Vergleich zum anderen, seit 14 Jahren unter deutscher Beteiligung geführten Krieg: *„In Afghanistan hat die Politik das über Jahre hinweg versäumt. Wenn wir ziellos umherirren, ist dieser Einsatz auf Dauer mit Sicherheit nicht zu verantworten.“*⁽²⁾

Die politischen Bedenken betrafen vor allem die Zielstellung für eine politische Lösung des Syrien-Krieges angesichts einer schwierigen Gemengelage aus unterschiedlichen syrischen Konfliktparteien vom Assad-Regime über die politische Opposition und die „Freie Syrische Armee“, die Al Kaida-nahe Al Nusra-Front bis hin zum IS, die unterstützt werden von den Regionalmächten Türkei, Iran und Saudi-Arabien. Diese wollten damit völlig gegensätzliche Eigeninteressen durchzusetzen versuchen und werden wiederum wie einzelne syrische Konfliktparteien von den Großmächten USA und Russland mit einander widersprechenden Interessen unterstützt.

In einer solch schwierigen Situation braucht es geeignete Vermittler, die von verschiedenen Seiten akzeptiert werden, die zuhören, schlichten und realistische Kompromisse entwickeln können. Der deutschen Diplomatie wurde zugetraut, bei einer solchen Vermittlung gemeinsam mit anderen eine Rolle zu spielen. Indem Deutschland ohne Not als kämpfende

Konfliktpartei in diesen Krieg gezogen ist, wurden wichtige Chancen dafür mutwillig verspielt.

Diejenigen Abgeordneten des Bundestages, die für den Eintritt in den zweiten chaotischen Krieg gestimmt hatten, waren diesen juristischen, militärischen und politischen Argumenten nicht zugänglich. Wie schon bei der Problematik des Afghanistan-Krieges zogen sich zumindest einige von ihnen in Traumwelten zurück. *„Ich habe einige Kolleginnen und Kollegen sagen hören, dies sei in erster Linie ein symbolischer Einsatz für Frankreich“*, erklärte SPD-MdB Johann Saathoff im Rahmen seiner längeren Begründung für die Nichtzustimmung zum nächsten Kriegseinsatz.⁽³⁾

Anmerkungen

- 1 <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundeswehr-einsatz-in-syrien-klage-vor-dem-bvg-haette-gute-chancen-a-1065895.html>
- 2 <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/anti-is-einsatz-in-syrien-bundeswehrverband-warnt-vor-ueberlastung-a-1065582.html>
- 3 <http://johann-saathoff.de/aktuell/nachrichten/2015/470843.php>

Otmar Steinbicker ist Redakteur des FriedensForums und von aixpaix.de

Grundrechtsverweigernde Tradition

Hermann Theisen

Inwieweit hat die Zivilgesellschaft einen Anspruch darauf, über zweifelhafte militärische Vorhaben informiert zu werden? Wann immer versucht wird, das juristisch auszuloten, scheinen deutsche Anklagebehörden bis heute in einer kontinuierlich grundrechtsverweigernden Haltung zu verharren. Immer wieder werden nicht diejenigen angeklagt und verurteilt, die für rechtswidrige militärische Vorhaben verantwortlich sind, sondern diejenigen, die sich um Aufklärung bemühen. Und nur allzu oft bedarf es eines jahrelangen Durchhaltevermögens, um im juristischen Instanzenweg am Ende doch noch durch Grundrechte geschützt zu werden. Nachfolgende Beispiele verdeutlichen das.

Fechenbach-Prozess: Das Volksgericht des Landgerichts München I verurteilte 1922 den Journalisten und Schriftsteller Felix Fechenbach wegen Landesverrats zu zehn Jahren Zuchthaus, weil er Informationen über die Kriegsschuld Deutschlands öffentlich gemacht hatte. Was damals vor Landesverrat geschützt werden sollte, war gemäß § 92 Strafgesetzbuch eine Nachricht, deren Geheimhaltung „für das Wohl des Deutschen Reichs erforderlich“ ist. Fechenbach wurde aus politischen Gründen verurteilt. Das Urteil löste heftige Diskussionen aus und beschäftigte auch den Reichstag, da die Geheimhaltungsbedürftigkeit der von Fechenbach preisgegebenen Informationen nicht aufrechtzuerhalten war.

Ossietzky-Prozess: In der *Weltbühne* war 1929 der Artikel „Windiges aus der deutschen Luftfahrt“ erschienen, der den heimlichen Aufbau der Luftstreitkräfte kritisch hinterfragte und damit die Vorbereitung für einen neuen Krieg anprangerte. Carl von Ossietzky, Herausgeber der ‚Weltbühne‘, und Walter Kreiser, Autor des Textes, wurden daraufhin 1931 vom Reichsgericht in Leipzig wegen „Verbrechen gegen den § 1 Absatz 2 des Gesetzes über Verrat militärischer Geheimnisse vom 3. Juni 1914“ zu 18 Monaten Freiheitsstrafe verurteilt. Auch dieses Urteil war politisch motiviert, denn Ossietzky und Kreiser wurden die militärpolitischen Informationen allein deshalb zum Verhängnis, weil das Militär wünschte, dass sie geheim bleiben sollten.

Spiegel-Prozess: Im Oktober 1962 kritisierte das Nachrichtenmagazin ‚Der Spiegel‘ in dem Artikel „Bedingt abwehrbereit“ die Bundeswehr und die auf Atomwaffen setzende militärische Strategie des damaligen Verteidigungsministers Franz Josef Strauß scharf. Herausgeber Rudolf Augstein und weitere Journalisten wurden wegen des Verdachts des Landesverrats verhaftet und die Redaktionsräume durchsucht. Daraus erwuchs die wohl folgenreichste politische Presseaffäre der deutschen Nachkriegszeit, in deren Verlauf Strauß zurücktreten musste.

Ermittlungsverfahren gegen das ‚Hunsrück-Forum‘: Wiederholt führte die Staatsanwaltschaft Koblenz gegen die Zeitschrift der Hunsrücker Friedensbewegung Ermittlungsverfahren wegen vermuteter Straftaten gegen die staatliche Sicherheit. Einmal kam es sogar zur Durchsuchung der Redaktionsräume, nachdem die Zeitschrift Lagepläne von Atomwaffen veröffentlicht hatte, die zuvor bereits im ‚Spiegel‘ abgedruckt worden waren, ohne dass es hier zu Ermittlungen gekommen war.

Strafverfahren wegen Kosovo-Aufruf: Nachdem in der ‚taz‘ eine Anzeige erschienen war, in der Bundeswehrsoldaten aufgefordert wurden, ihre Teilnahme am völkerrechtswidrigen Kosovo-Krieg zu verweigern, kam es Ende der 1990er Jahre in Berlin zu etlichen Strafverfahren wegen Aufforderung zur Befehlsverweigerung. Erst das Berliner Kammergericht zog die

juristische Notbremse und sprach die Angeklagten frei. Begründung: Meinungsfreiheit.

Ermittlungsverfahren gegen den Blog ‚netzpolitik.org‘: Im Frühjahr 2015 leitete der Generalbundesanwalt ein Ermittlungsverfahren gegen Journalisten eines Berliner Blogs wegen des Verdachts des Landesverrats ein. Er löste damit eine heftige Debatte um Pressefreiheit aus, in deren Verlauf er zurücktreten musste.

Büchel-Prozess: Im September 2015 verurteilte das Amtsgericht Cochem einen Friedensaktivisten wegen Verbreitung eines atomwaffenkritischen Aufrufs (Appell an die Soldaten, die Zivilgesellschaft über die geplante Atomwaffenmodernisierung zu informieren) zu einer Geldstrafe von 2.400 Euro, da BundeswehrsoldatInnen mit den Flugblättern zum Verrat von Dienstgeheimnissen aufgefordert worden seien. Die Staatsanwaltschaft Koblenz hat bereits eine weitere Anklage angekündigt. Die Verfahren verdeutlichen, dass die Zivilgesellschaft gefordert bleibt, gegenüber militärpolitischen Vorhaben wachsam zu sein und hier korrigierend einzugreifen.

Wegen der Büchel-Flugblätter wurden bisher mehrere Verfahren vor dem Verwaltungsgericht Koblenz und dem Amtsgericht Cochem geführt. Zudem wurde eine Verfassungsbeschwerde erhoben. Deshalb die dringende Bitte um Unterstützung bei den Anwalts- und Gerichtskosten:
Hermann Theisen, IBAN: DE88 4306 0967 6008 7785 00 / BIC: GENODEM1GLS

Hermann Theisen ist Friedensaktivist und lebt in Heidelberg.

ATOMWAFFEN

Kampagne „Büchel ist überall – atomwaffenfrei jetzt!“ startet im Frühjahr 2016

Momentan wird eine neue Kampagne für die Abschaffung der Atomwaffen geplant und vorbereitet. Die Kampagne fordert:

- » Stopp der nuklearen Aufrüstung in Deutschland
- » Abzug der Atomwaffen aus Büchel
- » Prozesse für ein Atomwaffenverbot international vorantreiben

Informationen zur Kampagne gibt es unter www.atomwaffenfrei.de

einbart werden. In der Konsequenz bliebe ein vom Assad-Regime beherrschter Kleinstaat, während auf der anderen Seite noch kleinere nicht zusammenhängende Gebiete im Norden und Süden Syriens entstünden, die von der Opposition regiert würden.

Aussichten

Dass es gelingt, in den Wiener Gesprächen einen Waffenstillstand und einen politischen Kompromiss in Form einer zentralen oder dezentralen Lösung herbeizuführen, ist alles andere als sicher. Den beiden Großmächten USA und Russland scheint immerhin klar zu sein, dass keine Seite auf dem Schlachtfeld gewinnen kann. Auch der Iran dürfte einer Lösung nicht im Wege stehen. Eine Herkules-Aufgabe bleibt die Einbindung der syrischen Akteure und insbesondere der Regionalmächte – gerade nach dem Wahlsieg Erdogans.

Die US-Regierung hat bereits in der Vergangenheit Beweglichkeit vorgeführt, z. B. als sie sich von Russland 2013 von Luftschlägen gegen das Assad-Regime abbringen ließ. Damals wurde durch die Zusammenarbeit der Großmächte immerhin die Vernichtung des syrischen Chemiewaffenarsenals erreicht. Auch im Oktober 2015 zeigte sich die US-Regierung beweglich, als sie die Teilnahme des Irans an den Wiener Gesprächen zugestand.

Anmerkungen

- 1 Rainer Hermann: Bescheidene Ziele, FAZ 31.10.2015
- 2 <http://www.heise.de/tp/artikel/45/45997/1.html> – Englisch-sprachige Quelle: <http://www.theguardian.com/world/2015/sep/15/west-ignored-russian-offer-in-2012-to-have-syrias-assad-step-aside>
- 3 <http://www.brookings.edu/~media/research/files/papers/2015/06/23-syria-strategy-ohanlon/23syriastrategyohanlon.pdf>
- 4 Rainer Hermann: Die Antwort auf Russland, in: FAZ 26.10.2015
- 5 Andreas Zumach: Wie lange noch Assad?, taz 30.10.2015, abrufbar: <http://www.taz.de/!5242713/>
- 6 http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2015A88_kim_tga.pdf

Der Artikel wurde von der Redaktion des FriedensForums gekürzt. In voller Länge nachzulesen: http://www.gruene-friedensinitiative.de/cms/wp-content/uploads/2015/11/GFI_Syrien_Die-Wiener-Sponsorenkonferenz_04Nov2015.pdf

Uli Cremer ist Mitgründer der GRÜNEN Friedensinitiative und veröffentlichte 2009 das Buch „Neue NATO: die ersten Kriege“.

Wahlen in der Türkei

Erdogan auf dem Wege zur Alleinherrschaft à la Orient

Memo Sahin und Andreas Buro

Die türkische Politik war zu Beginn 2015 fast vollständig darauf ausgerichtet, eine Verfassungsänderung durchzusetzen, die dem Präsidenten eine uneingeschränkte Macht sichern sollte. Die Wahlergebnisse vom 7. Juni brachten jedoch der regierenden AKP eine zweifache schwere Niederlage. Sie verlor die absolute Mehrheit im Parlament, und die kurdische HDP überwand mit 13% die Zehnprozenthürde.

Doch Erdogan gab nicht auf. Da in der vorgeschriebenen Zeit keine Regierung mit parlamentarischer Mehrheit zustande kam, schrieb er Neuwahlen für den 1. November aus und setzte mit größter Entschlossenheit auf Terror in allen nur möglichen Bereichen, um durch Einschüchterung die Regierungsmehrheit wieder zu erreichen.

Was mit Terror gemeint war, wurde schnellstens in die Tat umgesetzt. Der Friedensprozess mit den Kurden wurden ausgesetzt. Die PKK wurde zum terroristischen Feindbild erklärt. Mit ihr könne es keinen Kompromiss geben. Mit dem Bombenanschlag am 20. Juli in der an Kobanê/Rojava grenzende Stadt Suruc wurden über 30 Freiwillige für den Wiederaufbau von Kobanê ermordet. Gleich danach drang die türkische Luftwaffe in die Hoheitsgebiete Iraks ein und bombardierte sowohl die Stellungen der PKK als auch die umliegenden Dörfer der irakisch-kurdischen Zivilbevölkerung.

Diesseits der Grenze wurden heftige militärische Operationen geführt und über 10 kurdische Städte tagelang unter Beschuss genommen und verwüstet. Über hundert ZivilistInnen, darunter kleine Kinder und alte Frauen und Männer, wurden von Scharfschützen regelrecht hingerichtet.

Die Ausgangssperren - in Cizre z.B. über 11 Tage - bestimmten in Lice, Sur, Silvan, Varto usw. den Alltag. Selbst während der Militärherrschaft in den 1980er Jahren wurden die Ausgangssperren nur in der Nacht und für ein paar Tage ausgerufen. Zusätzlich zu diesen Repressionen wurden quer durch den kurdischen Teil der Türkei über 100 Regionen zu militärischen Sperrzonen erklärt.

In den türkischen Gebieten um Ägäis, Mittelmeer, Schwarzmeer und in den Megastädten wie Istanbul, Ankara und Izmir wurden binnen eines Tages Anfang September über 400 Anschläge auf die Parteibüros der HDP verübt; pogromähnliche Zustände und Lynchhysterien kennzeichneten die politisch geführte kurdenfeindliche Haltung in der türkischen Bevölkerung. Und am 10. Oktober gingen in Ankara auf einer Kundgebung von HDP und Gewerkschaften zwei Bomben hoch; über 100 Menschen mussten sterben.

Am 15. August erklärte Erdogan, dass sich das politische System der Türkei de facto geändert habe, und alles andere müsse sich den neuen Gegebenheiten anpassen. Vorher war am 5. August von Premier Davutoglu an die Gouverneure ein Dekret gerichtet worden, in der der Einsatz des Militärs in den Städten befürwortet wurde. Ende August, am 31.8.2015, wurde wiederum per Erlass eine Kopfgeldprämie für kurdischen Akteure ausgeschrieben. Jeder, der einen „Terroristen“ anzeige, werde bis zu vier Millionen Türkische Lira, umgerechnet 1,5 Mio. Euro, erhalten. Selbst Putschgeneräle von 1980 haben an solche Maßnahmen nicht gedacht.

Gezielte Angriffe auf die Medien und Journalisten nahmen parallel zu. Hetzkampagnen gegen die türkischen Medienkonzerne, wie Dogan (Hürriyet und CNN-Türk) und Koza-Ipek, das der Gülen-Bewegung nahe steht, führten zu tätlichen Angriffen. Einer der bekannten türkischen Journalisten, Ahmet Hakan, wurde mit Nasen- und Rippenbruch außer Gefecht gesetzt. Drei der Angreifer waren AKP-Mitglieder. Drei Tage vor den Wahlen wurden zwei Sender und zwei Tages-

zeitungen von Koza-Ipek unter staatliche Kontrolle gestellt.

Landesweit wurden Angst und Schrecken verbreitet. Unter diesen Umständen und Vorhersagen eines „Chaos“ ohne eine AKP-Regierung fanden dann die Wahlen am 1. November statt. Selbst am Wahltag standen überall in den kurdischen Wahllokalen Panzer und gepanzerte Fahrzeuge der verummumten Spezialteams.

Die Ergebnisse im Einzelnen						
	7. Juni 2015			1. November 2015		
	Stimmen absolut	Anteil in %	Sitze	Stimmen absolut	Anteil in %	Sitze
AKP	18,86 Mio.	40,9	258	23,67 Mio.	49,5	317
CHP	11,52 Mio.	25,0	132	12,11 Mio.	25,3	134
MHP	7,52 Mio.	16,3	80	5,70 Mio.	11,9	40
HDP	6,06 Mio.	13,1	80	5,15 Mio.	10,7	59

Was ist geschehen, dass die AKP innerhalb von 4–5 Monaten von 40,9% auf 49,5% klettern, also innerhalb weniger Monate etwa fünf Millionen Stimmenzuwachs erzielen konnte?

Eine Erklärung besagt, Angst und Schrecken, die vor den Wahlen verbreitet wurden, habe die nationalistisch-chauvinistischen Kreise unter dem Banner der AKP enger zusammengeführt.

Die verlorengegangene eine Million Stimmen der HDP können nach unserer Einschätzung zwei Gründe und zwei Adressaten haben: Die kurdischen Alewiten, darunter auch die säkular eingestellten Kurden in den türkischen Metropolen sind misstrauisch geworden, weil die HDP mit der AKP in der Übergangsregierung für die Durchführung der Wahlen mit zwei Ministern Platz nahm, obwohl die kemalistische CHP und die nationalistische MHP dieser Wahl-Regierung fernblieben.

In den kurdischen Gebieten hat ein Teil der kurdischen Klein-Bourgeoisie der HDP deshalb den Rücken gekehrt, und auch weil das durch Erdogan vorhergesagte Chaos sie eingeschüchtert hat. *„Wenn wir ihn nicht wählen, werden wir morgen noch mehr leiden. Wenn wir aber ihn wählen, würde er uns vielleicht in Ruhe lassen.“*

Auch Europa trägt eine Mitschuld

Zwei Wochen vor den Wahlen reiste Bundeskanzlerin Merkel in die Türkei, machte erhebliche Zugeständnisse und hofierte den potenziellen Alleinherrscher Erdogan. Sie kam aus Rücksicht auf die AKP nicht einmal mit den OppositionsführerInnen zusammen und traf keine/n einzige/n MenschenrechtlerIn. Wegen der Flüchtlingsströme versprach sie Ankara Hilfen in Milliardenhöhe, Visaerleichterungen für türkische BürgerInnen und die

Eröffnung neuer Kapitel bei den Verhandlungen der EU mit der Türkei.

Auch die EU verzögerte die Veröffentlichung ihres jährlichen Fortschrittsberichts auf die Zeit nach den Wahlen, um den Mann in Ankara nicht zu verärgern.

Ob dies alles mit den Werten der EU vereinbar ist und ob diese „sensible“ Haltung die sich in Richtung Europa bewegende Flüchtlingsströme eindämmen

wird? Erdogan hatte einen starken Hebel gegen EU und speziell Deutschland: Warum bewegen sich die seit vier Jahren in der Türkei lebenden Flüchtlinge, plötzlich als ob man auf den Knopf gedrückt habe, seit Juli Richtung Europa? Gab es früher keine Schleuser oder Schlepper in der Türkei? Oder gibt es hinter diesen Bewegungen einen staatlichen Lenker, um der wachsenden politischen Kritik bezüglich der Verletzung der Menschenrechte, des im Land geführten Krieges und der engen Verbindungen zum IS in Syrien zu begegnen?

Wie weiter jetzt?

Erdogan möchte seine Alleinherrschaft à la Orient mit einem verfassungskonformen Siegel versehen. Er möchte die Türkei in ein Sultanat umwandeln, was auch nahestehende Blätter und JournalistInnen nicht leugnen. Um dieses Ziel zu erreichen, verfügt er im Parlament jedoch nicht über die erforderliche Zweidrittelmehrheit von 367 Sitzen.

Beschließen die AKP und andere jedoch mit mindestens 330 Stimmen das geplante neue Verfassungsgesetz im Parlament, so ist der Weg frei für ein Referendum des Volkes, bei dem nur eine Zustimmung von 50 % erforderlich ist. Für diesen Weg fehlen Erdogan nur 13 Sitze, um mit 330 Stimmen sein Vorhaben in die Tat umzusetzen. Das würde allerdings die neue Verfassung noch nicht gültig werden lassen, reicht jedoch aus, um ein Referendum durchzuführen, bei dem 50 % Zustimmung reichen würden.

Im Orient gibt es Basare, wo man nicht nur über Pferde- und Ochsen verhandelt, sondern auch Basare, wo Politiker eingekauft werden. Mit dem Angebot einiger Minister- und Staatssekretärsposten könnten die fehlenden 13 Stimmen ein-

gekauft werden. Erdogan und seine AKP werden vermutlich diesen Weg des Kuh- und Pferdehandels gehen. Dann können sie die Verfassung ändern und die Alleinherrschaft von Erdogan krönen.

Von jemandem, der sagt, dass es kein Kurdenproblem gäbe, dass mit Terroristen nicht verhandelt werde, der die HDP mit der PKK, die syrisch-kurdische Partei PYD mit dem IS gleichsetzt, der wiederholt sagt, dass die Terroristen entweder ausgerottet und mit Beton zugegossen werden oder zur Hölle gehen sollten, kann man zumindest in nächster Zeit keine Friedenspolitik gegenüber den Kurden erwarten.

Weil einige dies ähnlich beurteilen, verließ z.B. ein bekannter kurdischer Dichter, Yilmaz Odabasi, nach den Wahlen die Türkei und ging nach Europa. Ein anderer, ein kemalistischer und konservativer Kolumnist, Dr. Cüneyt Ülsever, hat aufgehört zu schreiben. Er sagte: *„Was ich sagen wollte, habe ich gesagt und geschrieben. Ich musste erleben, dass meine Worte zu nichts nützen. Warum soll ich weiter schreiben!“*

Es ist zu befürchten, dass sich die Spirale der Gewalt zumindest bis zum Referendum weiter drehen wird. Kaum abzuschätzen ist jedoch, wie die Herrschaft nach der Etablierung des allmächtigen Sultan-Präsidenten sich gestalten wird. Es ist nicht auszuschließen, dass er nach der Etablierung seiner neuen Macht ein Interesse hat, die frühere ‚Friedenspolitik‘ mit den Kurden wieder aufzunehmen. In welcher Weise, kann gegenwärtig nicht gesagt werden. Doch ein Aspekt wird eine wichtige Rolle spielen, nämlich wie sich die türkischen KurdInnen verhalten. Werden sie, wie ein Teil von ihnen es schon tut, wieder auf den gewaltsamen Kampf zurückfallen oder gar versuchen, innerhalb der Türkei einen Guerilla- und Bomben-Krieg zu entfesseln? Damit öffnen sie dem Terror und der Kurdenverfolgung Tür und Tor, ohne auch nur die geringste Erfolgsperspektive. In dieser Situation ist es die Aufgabe der UnterstützerInnen der gerechten Ziele der Kurden, die kurdischen Kräfte zu unterstützen, die trotz aller Rückschläge an der friedlichen Lösung des türkisch-kurdischen Konflikts festhalten.

Andreas Buro ist u. a. friedenspolitischer Sprecher des Komitees für Grundrechte und Demokratie und des „Monitoring-Projekts: Zivile Konfliktbearbeitung, Gewalt- und Kriegsprävention“. Memo Şahin ist ehrenamtlicher Geschäftsführer des Dialog-Kreises „Die Zeit ist reif für eine politische Lösung im Konflikt zwischen Türken und Kurden“.

Opposition in Zeiten des Krieges

Karin Leukefeld

Als Mitte November 2015 die „Internationale Unterstützungsgruppe für Syrien“ (ISSG) in Wien zusammentraf, bestimmten die Anschläge von Paris die Tagesordnung. Einen Tag lang schienen die versammelten 17 AußenministerInnen (1) und ihre DiplomatinInnen sich einig, dass eine politische Lösung gefunden werden müsse, um den Brandherd in Syrien und Irak wenigstens einzudämmen. Wie ein Feuerball wälzt sich die Gewalt aus dem Vulkan des Mittleren Ostens in die Anrainerstaaten und in Richtung Europa. Land und Leute, Kultur und Zivilisation, politische Strukturen von Regierung und Opposition werden zerstört, die Menschen fliehen zu Tausenden, um sich und ihre Familien in Sicherheit zu bringen.

Nur wenige Tage zuvor hatten westliche DiplomatinInnen die von Russland bei den Vereinten Nationen eingebrachten Vorschläge (Acht Punkte für die „Annäherung an die Lösung des Konflikts in Syrien“) als lächerlich und unfertig abgetan und erklärt, sie würden bei den Wiener Gesprächen keine Rolle spielen. Stattdessen hatten die USA, die Türkei, Katar und Frankreich versucht, den von der UN vorgeschlagenen politischen Lösungsweg für Syrien, der in Wien diskutiert werden sollte, in eigens einberufenen „Arbeitsgruppen“ umzulenken. Ganz in der Tradition der ursprünglich von Frankreich und den USA ins Leben gerufenen „Freunde Syriens“ sollte bestimmt werden, wer für die Opposition bei zukünftigen innersyrischen Verhandlungen sprechen und wer sich mit einem Platz auf den Zuschauerbänken begnügen soll.

Die UN, Russland, Iran und China haben seit Jahren Gespräche und Verhandlungen gefördert und geführt, um verschiedene syrische Oppositionelle miteinander und mit der syrischen Regierung ins Gespräch zu bringen. Gleichzeitig versuchen sie, eine Übersicht über die mehr als 1500 bewaffneten Gruppen in Syrien herzustellen, die von regionalen und internationalen Akteuren unterstützt werden.

Das Wien II-Treffen sollte diesbezüglich ein einvernehmliches Vorgehen erzielen. Russland hatte eine Liste von Gruppen vorgelegt, die als „terroristisch“ von jeder politischen Lösung in Syrien in Zukunft ausgeschlossen werden sollten. Einverständnis scheint über den selbst ernannten „Islamischen Staat im Irak und in der Levante“ zu bestehen. Doch schon bei

dem al-Qaida-Ableger „Nusra Front“ gibt es Differenzen.

Debattiert werden sollte u.a. über die Islamische Armee, die von Saudi Arabien finanziert wird. Weiterhin eine Anzahl von Gruppen (Faylaq al-Sham, al-Eti had al-Islami Li Ajnad al-Sham and Faylaq al-Rahman), die unter dem Dach der Muslim Bruderschaft kämpfen und von der Türkei und Katar finanziert werden. Schließlich sollte es um die sechs Kerngruppen der so genannten „Armee der Eroberung“ gehen (Jaish al-Fatih), die von Saudi Arabien, Katar und der Türkei gemeinsam finanziert wird. Diese „Armee der Eroberung“ drang im März 2015 mit massiver Feuerkraft und Unterstützung der türkischen Armee und turkmenischer Kampfgruppen aus der Türkei in die nordsyrische Provinz Idlib ein, was zu einem Rückzug der syrischen Streitkräfte führte.

Auch über „Ahrar al-Sham“ sollte in Wien II gesprochen werden. Die Zahl der Kämpfer dieser salafistisch-jihadistischen Gruppe wird auf 25.000 geschätzt. Während Russland die Gruppe als „terroristisch“ einstuft, bezeichnete nur wenige Wochen vor dem Wien II-Treffen der Außenminister von Katar (Khalid al-Attiyah) die Kämpfer von „Ahrar al-Sham“ als „ehrenhaft“. Doha, die Hauptstadt von Katar, „unterhält (zu ihnen) Beziehungen und finanziert“ sie, so der Außenminister. Die Türkei hatte der Gruppe die Kontrolle von türkisch-syrischen Grenzübergängen überlassen, gemeinsam mit dem türkischen Geheimdienst. Ahrar al-Sham wurde – dank einem europäischen staatlichen Sponsor – mit Waffen aus der Ukraine und Kroatien ausgerüstet. Gemeinsam mit der

Al Nusra Front (al-Qaida) bildet „Ahrar al-Sham“ das „Rückgrat“ der militärischen „Operationsräume“, die vom türkischen Geheimdienst im Norden Syriens installiert wurden (schreibt die libanesische Tageszeitung As Safir, 12.11.2015).

Staaten, die – wie die Türkei, Saudi Arabien und Katar – aktiv und mit viel Geld bewaffnete Gruppen in Syrien unterstützen – dazu zu bringen, eben diese Waffenhilfe zugunsten eines politischen Verhandlungsprozesses aufzugeben, bleibt eine schwierige Aufgabe. Werden die o.g. Staaten mit dem von der UNO und von Russland vorgeschlagenen Ausschlussverfahren „terroristischer Gruppen“ einverstanden sein? Der Abschuss eines russischen Kampffluggesetzes durch die türkische Luftwaffe und die Ermordung eines der beiden russischen Piloten, die sich mit dem Fallschirm retten wollten, spricht eine andere Sprache. Und auch die Äußerung des türkischen Geheimdienstchefs, wonach man mit dem „Islamischen Staat“ reden solle, weil er viel Unterstützung habe, zeigt, wie weit die Vorstellungen von politischer Lösung auseinandergehen.

Parallel zu der Identifikation „terroristischer Gruppen“ in Syrien sollen – von den an den Wiener Gesprächen teilnehmenden Staaten – oppositionelle Personen identifiziert werden, die an den innersyrischen Verhandlungen, die Anfang 2016 beginnen sollen, teilnehmen werden. Russland legte eine Liste mit 38 Namen vor, darunter auch Personen aus Syrien. Saudi Arabien stellte eine Liste mit 25 Namen auf und selbst Ägypten hatte eine Liste von 18 Namen mitgebracht. Etwa 20 Namen, so war aus Kreisen der syrischen Opposition zu hören, stimmten auf allen Listen überein. Die syrische Opposition bleibt in diesem Auswahlverfahren ebenso außen vor, wie die syrische Regierung.

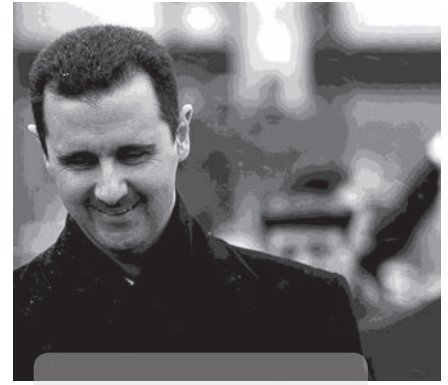
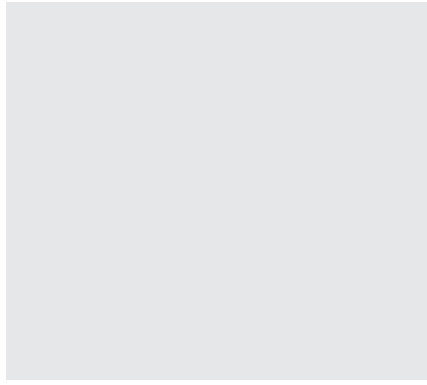
Syrien – Austragungsort vieler Schlachten

Die Beschreibung der internationalen Ebene des Syrienkonflikts Ende 2015 zeigt das Dilemma, in dem die syrische Opposition und die syrische Regierung nach fast 5 Jahren Krieg stecken. Der ursprüngliche Konflikt um politische Reformen und wirtschaftliche Teilhabe eskalierte 2011 rasch zu einem regionalen Stellvertreterkrieg, in dem Saudi Arabien und die Golfstaaten, die Türkei und der Iran jeweils Partei für die eine oder andere Seite in Syrien ergriffen und diese stärkte.

Der Teil der Opposition, die in Syrien von Anfang an gegen den Griff zu den Waffen und für einen nationalen Dialog



Zerschossene Räume in Quneitra, Syrien 2013.
Foto : Joel Carillet / iStock



Der syrische Präsident Bashar Assad während seinem Besuch in Russland 25. Januar 2005.
Foto : AdStock2 / iStock

eingetreten war, hatte Ende Juni 2011 eine öffentliche Konferenz abgehalten, auf der sie klare Forderungen aufgestellt hatte: Keine Gewalt, Freilassung aller Gefangenen und Dialog. Noch am gleichen Tag wurden die Organisatoren der Konferenz von Oppositionellen und Medien aus dem Ausland als „Marionetten des Regimes“ denunziert, der Ruf nach Dialog galt als Verrat an der „Revolution“. Ende Juli 2011 wurde (in der Türkei) die „Freie Syrische Armee“ (in der Türkei) gegründet. Nur einen Monat später, im August 2011, folgte die Gründung des Syrischen Nationalrates (ebenfalls in der Türkei). Finanziert wurden beide Gruppen mit Geld aus dem Ausland, Waffen und Kämpfer wurden über Jordanien, Libanon und vor allem die Türkei nach Syrien geschmuggelt. Der schier unerschöpfliche Nachschub an Waffen und Geld – dokumentiert u.a. in einer Langzeitrecherche der New York Times im März 2013 (2) – führte dazu, dass die Zahl bewaffneter Gruppen in Syrien explodierte.

Im Herbst 2012 stellte der Militärische Geheimdienst der US-Armee (DIA) fest, dass islamistische und jihadistische Gruppen – mit Unterstützung von al-Qaida im Irak – den Ton unter den bewaffneten Gruppen angaben. Das sei offenbar vom Westen, der Türkei und den Golfstaaten gewollt und werde von diesen unterstützt. Dass dabei ein „Islamisches Khalifat“ im Grenzgebiet zwischen Irak und Syrien entstehen könne, werde in Kauf genommen. Ziel dieses Spiels mit dem Feuer sei, so der DIA, der Sturz der Regierung von Bashar al-Assad (3).

„Syrien ist Austragungsort vieler Schlachten geworden“, sagte Mokhtar Lamani, der Stellvertreter des damaligen UN-Sondervermittlers für Syrien, Lakhdar Brahimi (im Interview mit der

Autorin 2013) in Damaskus. Die große Fragmentierung und das enorme Misstrauen unter den Syrern mache die Vermittlungsmission der Vereinten Nationen schwer. Der Konflikt habe drei Ebenen: national, regional und international, und die Wechselbeziehungen, die zwischen der nationalen, regionalen und internationalen Ebene bestünden, machten „die Lage wirklich äußerst kompliziert“. Bis heute hat wohl kaum jemand einen guten Überblick über die fragmentierte politische und bewaffnete Landschaft Syriens wie die UN-Mission zu Syrien.

Auf der syrischen Landkarte, die Lamani zwischen 2012 und 2013 mit der Hilfe seiner Mitarbeiter in Damaskus erstellt hatte, gab es „mehr als 2.000 Gruppen“, sagte er im Gespräch mit der Autorin in Damaskus. „Es gibt Nationalisten, die Demokratie wollen. Es gibt Extremisten, die ein Programm haben, das mit Syrien nichts zu tun hat. Es gibt Kriminelle, die die Situation ausnutzen, um ein Museum zu plündern oder Leute zu entführen und dann Geld zu erpressen. Und natürlich gibt es auf der Seite der Regierung Hardliner und Leute, die einlenken, das ist normal. Tatsache ist, dass sie nicht mit einander reden, außer mit Waffen. Sie hören sich nicht zu.“ Was in Medien knapp als „Freie Syrische Armee“ und „Opposition“ bezeichnet werde, seien tatsächlich „Armeen“ und „Oppositionsgruppen“. Eine „Brigade“ beispielsweise könne „nicht militärisch definiert“ werden: „Es können fünf oder auch 5.000 Leute sein“. Mehr als 157 Parteien und Gruppen seien im Laufe des Jahres, in dem er in Damaskus war, gekommen. Außerdem 35 verschiedene kurdische Gruppen. „Jeder hat erklärt, 70 Prozent und die Mehrheit der Bevölkerung zu vertreten. Wie viele 70 Prozent passen eigentlich in 100 Prozent!“

Anmerkungen

- 1 An dem Treffen in Wien nahmen die Außenminister von China, Ägypten, Frankreich, Deutschland, Iran, Irak, Italien, Jordanien, Libanon, Oman, Katar, Russland, Saudi Arabien, Türkei, Vereinigte Arabische Emirate, Großbritannien und den USA teil. Auch die EU, die UNO und die Arabische Liga waren vertreten.
- 2 http://www.nytimes.com/2013/03/25/world/middleeast/arms-airlift-to-syrian-rebels-expands-with-cia-aid.html?_r=0
- 3 <http://levantreport.com/2015/05/19/2012-defense-intelligence-agency-document-west-will-facilitate-rise-of-islamic-state-in-order-to-isolate-the-syrian-regime/>

Karin Leukefeld, Jahrgang 1954, Studien der Ethnologie, Islam- und Politikwissenschaften, Ausbildung zur Buchhändlerin. Organisations- und Öffentlichkeitsarbeit u.a. beim Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), Die Grünen (Bundespartei), Informationsstelle El Salvador. Persönliche Mitarbeiterin eines Bundestagsabgeordneten der PDS (Außenpolitik und Humanitäre Hilfe). Seit 2000 freie Korrespondentin im Mittleren Osten.

GEGEN HASS UND GEWALT

Freiburger SchülerInnen: Lichterlauf

SchülerInnen aus Freiburg haben Anfang Dezember einen Lichterlauf „Lichterlauf gegen Terror und Gewalt – mit Zivilcourage für Frieden und Toleranz“ durchgeführt. Sie regen an, dass auch Schulen in anderen Städten Ähnliches tun könnten. Der Aufruf kann bei der Redaktion des FriedensForums bezogen werden.



Netzwerk Friedenskooperative

Network of the German Peace Movement

An das
Netzwerk Friedenskooperative
Römerstr. 88

53111 Bonn

per Fax: 0228 / 692906 – eMail: friekoop@friedenskooperative.de

- Bestellszettel – FriedensForum

FriedensForum 1/2016

Ich / Wir bestellen:

_____ Friedensforum 1/2016 „Islamischer Staat“
(Kosten: 4,50 EUR, ab 5 Ex. 3 EUR zzgl. Porto [min. 1,50 EUR oder nach Aufwand])

_____ Friedensforum 6/2015 „Militarisierung der Jugend“
(Kosten: 4,50 EUR, ab 5 Ex. 3 EUR zzgl. Porto [min. 1,50 EUR oder nach Aufwand])

_____ Friedensforum 5/2015 „Krieg in Europa“
(Kosten: 4,50 EUR, ab 5 Ex. 3 EUR zzgl. Porto [min. 1,50 EUR oder nach Aufwand])

Zustellung bitte an folgende Adresse:

Organisation/Gruppe:

Name:

Straße, Haus-Nr.:

PLZ, Ort:

eMail:

Datum, Unterschrift:

Stand: 10/2015